Sozialdemokratischer Pressedienst

Angelor un Chipolaliur: Alfringhene, Berlin. Angelogie. Angelogie.



Middelf für Berleg und Edstiftellung: Berlin 6361, Belle - Milane - Plat d Braftanffrift: Gopaliunf

Co Charles of one of Charles Statement of Colleges of Charles of C

Bortin, Don 7. Januar 1933

Arbeitsbeginn in Schweden.

Scherching frider roten Regierung gegen die Arbeitslosigkeit.

Mit der Parole: "Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge" war die schwedische Sozialdemokratie in den Wahlkampf gezogen; mit diesem Programm hat sie ihren grossen Wahlsieg erfochten und als Folge die bürgerliche Regierung gestürzt. Wenn Mitte Januar der Reichstag zum erstenmal zusammen= tritt, ist die Sozialdemokratie und das von ihr gebildete Kabinett gerüstet, dem Willen ihrer Wähler entsprechend die Arbeitsbeschaffung zum Postulat ihres Regierungsprogramms zu gestalten. Weit über Schweden hinaus sieht man deshalb der kommenden Parlamentstagung mit Interesse entgegen.

Die Sozialdemokratische Partei und ihre Regierung besitzen im Parlament keine Mehrheit. Ihren 104 Abgeordneten stehen 98 rechtsbürgerliche gegenüber. Das Zünglein an der Wage bilden die zwanzig Vertreter der Freisinmigen Volkspartei. In ihrer Hand liegt die Entscheidung über die sozialdem makratische Arbeitslosen und Arbeitsbeschaffungspolitik. Wie sich auch die Ehren sehr schweigsamen freisinnigen Politiker verhalten mögen, ob sie sich zur rechtsbürgerlichen Opposition schlagen oder die Regierung in ihren wichtigsten Plänen unterstützen werden: mit der Arbeitsbeschaffung steht und fällt Schwedens rotes Kabinett!

Den Mittelpunkt des sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsplanes bile det die produktive Erwerbslosenfürsorge in Form von Notstandsarbeiten. Sie sollen als regulierender Faktor auf dem Arbeitsmarkt wirken und derart zu einer ständigen Einrichtung werden, dass der Umfang der Notstandsarbeiten der Zahl der Arbeitslosen entspricht. Nur für jene Arbeitslosen, soll die staatliche Barkeine Arbeit und keinen Arbeitsplatz schaffen kann, soll die staatliche Baregeld-Unterstützung eintreten. Die Finanzierung der Notstandsarbeiten wird nach der Veberzeugung der sozialdemokratischen Regierung keine besondere Schwierigkeiten bereiten. In wenigen Jahren hofft man die erforderlichen Aus-

Von der zurückgetretenen bürgerlichen Regierung war für ganze 23 000 Arbeitslose Beschäftigung geschaffen worden. Die sozialdemokratische Regierung beabsichtigt ganze Arbeit. Die von ihr nach dem Amtsantritt eingesetzte Kommission für Arbeitsbeschaffung hat mit Hochdruck gearbeitet und dieser Tage die Ergebnisse ihrer Untersuchung der Regierung unterbreitet. Das von ihr entworfene Arbeitsprogramm kommt einer Liquidierung der Arbeitslosigkeit gleich. Allein das "Sofortprogramm", zu dessen Durchführung rund 200 Milliosen Kronen benötigt werden, sieht vor dass 1826 Arbeitsunternehmungen unmitstelbar in Betrieb gesetzt werden. Im Laufe der nächsten Jahre sollen weitere 1411 Arbeitsstätten von staatlichen und kommunalen Behörden in Gang gebracht merden, wozu weitere 320 Millionen Kronen erforderlich sind. In der Haupts

sache sind Strassen= und Brückenbauten vorgesehen. Mit diesem Arbeitsbe=
schaffungsprogramm wird die Regierung ihre <u>Fürsorgepläne für die Arbeits=</u>
losen dem Parlament vorlegen. Es ist die Arbeitslosenversicherung, die jetzt
endlich eingeführt werden soll als wirksame und unmittelbare Waffe gegen
die schrecklichen Folgen der Arbeitsnot.

ì:

Derart gewaffnet tritt die sozialdemokratische Regierung vor den neuen Reichstag. Sie macht damit wahr, was die Sozialdemokratie vor der Wahl verskündet und sie wird damit das Vertrauen jener Wähler rechtfertigen, das sie zur weitaus grössten Partei Schwedens erhoben hat. Die Regierung weiss aber auch, dass sie einen schweren Gang antritt und dabei auf den schärfsten Wisderstand des Bürgertums stossen wird. Sie wird diesem Kampf jedoch nicht ausweichen. Thre Gesetzentwürfe zur Behebung der Arbeitslosigkeit und die entsprechenden Finanzvorlagen für das "Sofortprogramm" werden dem Reichstag unmittelbar nach dessen Zusammentritt unterbreitet.

Versagt der Reichstag der roten Regierung seine Unterstützung in dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, so wird das Arbeiter=Kabinett an das Volk appellieren. Die rote Regierung ist überzeugt, dass die Mehrheit des Volkes in dem Kampf für Arbeit und Brot hinter ihr steht.

SPD. Bukarest, 7.Jan. (Eig.Drahtb.)

Die nationalz stische Regierung Maniu befindet sich in einer kri=
tischen Situation, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zum Rücktritt des
Kabinetts führen wird.

Die Gründe stehen im Zusammenhang mit dem Kampf, den Maniu seit Ueber= nahme des Ministerpräsidiums mit dem König um den Abbau jener aktiven Gene= räle führt, die unter dem Kabinett Jorga auf Wunsch des Königs an die Spit= ze verschiedener wichtiger Zivilverwaltungen berufen worden waren. In den Tetzten Wochen vermochte die Regierung den Rücktritt der Generäle Florescu und Jonescu von der Leitung der Post und Staatsbahn durchzusetzen. Dieser Tage gab noch ein General, dem im Frühjahr die gesamte Landespolizei unter= stellt worden war, seine Demission. Einen harten Kampf führen Maniu und In= nenminister Michalake jetzt um den Abbau des Bukarester Polizeipräfekts so= wie des Chefs der Gendarmerie, ebenfalls zwei höhere aktive Offiziere die sich oft gegen die Regierung gewandt haben und erklärten, dass sie sich nur durch ein königliches Dekret abberufen liessen. Diese rebellische Haltung der beiden Offiziere hat den Innenminister veranlasst, vom König deren so= fortige Abberufung zu verlangen. Da sich der Ministerpräsident mit dem Innenminister solidarisch erklärte, andererseits jedoch der König wenig Nei= gung zur sofortigen Abberufung der beiden Offiziere hat scheint eine Re=2 gierungskrise unvermeidlich zu sein. Der zurzeit im Ausland weilende Aussen= minister Titulescu ist telegrafisch nach Bukarest zurückberufen worden. Mit dem Ausbruch der Regierungskrise wird für Montag gerechnet.

The Stettin gelang es, das Sprengstoffattentat gegen das Verlagsgebäude des ozialdemokratischen "Volksboten" aufzuklären. Die Urheber des Verbreschens, das im August vorigen Jahres ausgeführt wurde, sind Nationalsozialisten.

In Streithof, Kreis Randow wurde Sylvester der Gutspächter Steinicke beraubt, niedergeschossen und so schwer verletzt, dass er bald nach der Tat starb. Als Täter wurden vier Stettiner Nationalsozialisten ermittelt und Testgenommen. Bei ihrer Vernehmung hat sich, wie das Polizeipräsidium Stettin

mitteilt, ergeben, dass mehrere an dem Bandenüberfall in Streithof als Täter beteiligte Personen auch an dem Sprengstoffattentat auf den Stettiner "Volks= boten" am 9. August 1932 beteiligt waren. Es sind daraufhin noch weitere Fest=

nahmen erfolgt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Attentat auf den "Volksboten" war mit einer Pykrinladung durchge=
führt worden, die in den Ladeneingang des Verlagshauses geschleudert und zur
Explosion gebracht worden war. Nur dem Umstand, dass die Wucht der Explosion
sich nach aussen entlud, war es zu verdanken, dass das verstöckige Haus nicht
in die Luft flog. Es wurde schon damals vermutet, dass die Täter, die in einem
Auto gekommen und geflohen waren, der nationalsozialistischen Bewegung ange=
hörten. Diese Vermutung findet jetzt ihre Bestätigung. Die Polizei hat fest=
gestellt, dass die Banditen mit Waffen ausgerüstet waren, die aus dem Depot
der SA. stammten. Eine Haussuchung bei der Stettiner SA. führte zur Entdeckung
grösserer Waffenmengen.

SPD. Flensburg, 7. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Flensburg wendet sich mit dem Ersuchen an die Oeffentlichkeit, ihre Bemühungen um eine schiedlich=friedliche Revision des Versailler Vertrages wegen der Nordgrenze zu unterstützen.

Durch den Versailler Vertrag ist Dänemark der zu Flenzburg gehörende Kollunder Wald zugesprochen worden. Der Wald ist heute noch Eigentum der Stadt Flensburg, ohne dass die Flensburger die Möglichkeit haben, den Wald und den Strand ohne Grenzübertritt zu besuchen. Jetzt soll durch diese einzige Erholungsstätte der Stadt Flensburg eine breite Chaussee gezogen werden, zu deren Baukosten auch das Reich einen Betrag bereitgestellt haben soll. Die Sozialdemokratie Flensburgs wendet sich gegen solche Grenzpolitik und erscht die Reichsregierung, in Verhandlungen mit Dänemark einzutreten, damit

Schwierigkeiten von dänischer Seite sind kaum zu erwarten. Man hofft des halb nach einer Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark auch die Einwilligung der Vertragsmächte zu dieser Revision des Versailler Vertrages zu erhalten.

SPD. Wieder ist ein deutschnationaler Schwindel, diesmal insbesondere gegen Severing gerichtet, enthüllt worden.

Severung hatte der Stahlhelmführer Duesterberg den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten v.Harnack öffentlich als Agenten des Feindbundes bezeichnet. Als Sühne für diese Beschimpfung fand das Gericht eine Geldstrafe von 100 Mark für ausreichend. Im Falle Harnack wurde der Stahlhelmhäuptling sogar freigesprochen. Harnack züchtete darauf seinen Beleidiger in einer öffentlichen Versammlung und nannte Düsterberg einen Releinen Pinscher. Die Folge waren ebenfalls 100 Mark Geldstrafe. Hintennach behaupteten die Deutschnationalen des preussischen Landtags, Miniester Selering habe Anweisung gegeben, Harnacks Strafe und Gerichtskosten aus Staatsmitteln zu bestreiten. Das daraufhin eingeleitete gerichtliche Ermittelungsverfahren ist jetzt vom Staatsanwalt eingestellt worden, weil sich ergeben hat, dass die deutschnationalen Behauptungen Schwindel sind und Harnack Strafe und Kosten aus seiner Privattasche bezahlt hat.

SPD. Köln, 7.Jan. (Eig.Drahtb.)

*Die kommunistische Presse berichtet über sinen "Riesigen Korruptions=
skandal im Achener Reichsbanner". Angeblich sollen 5000 Mark in der Kasse
fehlen. Diese Behauptung ist aus der Luft gegriffen. Der Achener Kassierer
hat weder 5 000 Mark unterschlagen noch ist er seines Amtes enthoben.

SPD. Die <u>Sozialdemokratische Fraktion</u> hat im Preussischen Landtag gegen die willkürliche Stillegung einer Ruhrzeche folgenden Antrag eingebracht: "Der Konzern Rheinpreussen hat beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf die Stillegung einer Schachtanlage beantragt. Ab 1. Januar 1933 ist die Verwaltung der Zeche Meumühl, Duisburg-Hamborg nach Rheinpreussen verlegt wor = den. Daraus wird geschlossen, dass es sich bei dem Stillegungsantrag um die Zeche Neumühl handelt. Die Zeche Neumühl gehört zum Rheinpreussen-Konzern und hat eine Belegschaft von mehr als 2000 Mara. Die Beschäftigung auf Neumühl war bisher im Vergleich zu anderen Zechen im Ruhrbergbau als normal zu be= zeichnen, so dass von einem besonders schlechten Geschäftsgang bei der Zeche keine Rede sein kann. Die Stillegung würde eine schwere Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes in Duisburg=Hamborn bedeuten., den gewerblichen Mittelstand emp= findlich schädigen und die jetzt schon katastrophale Lage der Gemeindefinanzen völlig zerstören. Eine sachliche Notwendigkeit für die Stillegung besteht nicht, denn die Zeche Neumühl hat moderne Anlagen und fördert eine gute Kohle. Wir betragen daher, der Landtag wolle beschliessen: Das Staatsministe= rium wird ersucht, Stillegungen von Schachtanlagen des Konzerns Rheinpreussen mit allen Mitteln zu verhindern."

SPD. Weimar, 7.Jan. (Eig. Drahtb.)

An die <u>Futterkrippenwirtschaft der Naziregierung</u> reiht sich eine neue Blüte. Seit Jahren stellt der Kultus=Ktat dem Unterrichtsminister zweitau= send Mark für bildende Künstler zur Verfügung. In diesem Jahr wurde dieses Geld so verteilt: 600 Mark erhielt der Reichsverband bildender Künstler, 1000 Mark die thüringische "Kulturzelle" der Nazipartei, 400 Mark blieben zur Verfügung des Naziministers. Der Reichsverband zählt 200 Mitglieder. Er erhält also pro Kopf drei Mark. Die "Kulturzelle" umfasst 30 Mann, die sich die 1000 Mark teilen, und die restlichen 400 Mark verteilt Herr Saukel an seine besonderen Nazilieblinge. Allgemeinwohl geht vor Rigennutz und wer kein Nazi ist kann hungern. Das ist das Dritte Reich!

SPD. Paris, 7. Jan. (Eig.Drahtb.)

Die Aufforderungen der sozialistischen und eines Teils der radikalen
Presse an die Regierung, ihre Passivität in dem chinesisch=japanischen Kon=
flikt aufzugeben und gegen die japanische Methode schärfstens Stellung zu
nehmen, scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben.

2

Die "Liberté" teilt mit, dass Ministerpräsident Paul Boncour den zuräzeit in Paris weilenden französischen Botschafter in Tokio beauftragt heider Japanischen Regierung mitzuteilen, dass sie nach Ansicht Frankreichs einen grossen Teil der Verantwortung für die Ereignisse in Schanhaikwan trage. Ausserdem soll der Botschafter ersucht worden sein, die Aufmerksamkeit Tokios auf die Gefahren zu lenken, die sich für Japan ergeben würden, wenn es die Ahsicht haben sollte, seine Sicherheit in der Provinz Jehol durch eine neue Offensive zu erhöhen.

Die "Liberté", die wahrscheinlich wie die meisten französischen Rechtszeitungen von der japanischen Regierung bestochen ist, kritisiert diese Instruktion Paul Boncours und behauptet, dass der Botschafter über die Haltung Frankreichs gegenüber Japan beunruhigt gewesen sei und selbst einige Beamte des Quai d'Orsay erklärt hätten, dass eine solche Politik nicht mit den Insteressen Frankreichs im Fernen Osten vereinbar sei.

SPD. Im Berlin ist wieder ein Nazi=Verbrechen aufgedeckt worden. In der Neujahrsmacht wurde in der Acker=Strasse eine Frau von einem Radfahrer erschossen. Als der Schuss krachte, rief der Radler "Heil Hitler". Der Ver= brecher ist jetzt als SA.=Sturmführer festgestellt worden. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt. Wie er erklärt, hat er den Schuss in "völliger Trunken= heit" abgegeben.

SFD. Paris, 7. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der polnische Goldmacher Dunikowski, der einen neuen Apparat zur Ge=
winnung von Gold aus goldhaltigen Erzen erfunden haben will und zur Durch=
führung seiner Versuche verschiedene Privatpersonen und Firmen um fast drei
Millionen Francs erleichtert hatte, ohne nennenswerte Ergebnisse zu erzie=
len, ist am Sonnabend von der ariser Strafkammer zu zwei Jahren Gefängnis,
100 Francs Geldstrafe und zur Wiedererstattung der ihm zur Verfügung ge=
stellten Summen verurteilt worden. In der Begründung des Urteils heisst es,
dass trotz aller Erleichterungen, die Dunikowski gewährt wurden, um den Be=
weis für die Wirksamkeit seines Verfahrens zu erbringen, sämtliche Demon=
strationen ergebnislos geblieben seien. Die Sachverständigen seien daher zu
jem Schluss gekommen, dass das Verfahren unbrauchbar sei und die Erklärungen
Dünikowskis Absurditäten und Widersprüche enthalten.

SPD. Paris, 7.Jan. (Eig.Drahtb.)

Das Feuer auf dem Wrack der "L'Atlantique" dauerte am Sonnabend im Schiffsinnern noch an. Besonders aus dem Mittel= und Vorderschiff drangen noch dicke Rauchschwaden. Onn sämtliche Brandherde erstickt sind und das eingedrungene Wasser ausgepumpt ist, soll festgestellt werden, ob das Wrack in das Trockendock von Cherbourg gebracht werden kann.

Der Minister für die Handelsmarine hat inzwischen einen Sachverständi= genausschuss ernannt, der mit ihm nach Cherbourg abgereist ist. Die Sachverständigen sollen, soweit das noch möglich ist, die Ursachen des Brandes und seiner schnellen Ausdehnung feststellen, damit auf den übrigen französischen Schiffen Sicherheitsmassregeln getroffen werden können. Das Betreten dies Wracks ist vor Ankunft der Sachverständigen jedermann strengstens verboten.

Inbezug auf den Streit, der um den Besitz des Wracks zwischen Franzosen und Holländern zu entstehen scheint, hat der Kommandant des französischen Minenlegers, der die Abschleppungsarbeiten überwacht hat, eine Erklärung ab = gegeben, aus der eindeutig hervorgeht, dass zuerst ein französischer Dampfer ein Schleppseil an dem Wrack befestigt hat und dem holländischen Dampfer das gleiche Manöver erst eine Viertelstunde später geglückt ist. Danach könnte den Franzosen der Besitz des Wracks nicht abgestritten werden. Allerdings haben die Holländer Anspruch auf eine Abschleppungsprämie.

7.Januar, befindet sich ein Leitartikel über das <u>barbarische Wüten des itali</u>=
enischen Faschismus gegen die unterdrückten und annektierten Südtiroler.
Es wird u.a. eine "Strafexpedition" nach Bozen (italienisch: Bolzano) ge=
schildert, und wörtlich folgendes berichtet:

"So zogen am 24.April zahlreiche faschistische Angriffstrupps aus Bres= cia, Verona, Rovereto, Mezzolombardo und Cles, unter der Führung von Achille Starace, in Bozen ein. Sie kamen mit Knüppeln, Revolvern und Bomben bewaffnet in die friedliche Stadt, ohne von den verantwortlichen Behörden daran verhin= dert worden zu sein. In festgeschlossenen Reihen marschierten sie durch die Strassen, schwangen ihre Totschläger, forderten die Vorübergehenden johlend heraus. Sie rissen von einem Hause einen eisernen Tiroler Adler herunter und trugen ihn als Trophäe umher. Als um 2 Uhr nachmittags der Trachtenumzug durch die dichtgedrängten Strassen gegen den Olstmarkt vorrückte, da erho= ben die Faschisten ein wüstes Geschrei, schreikten den Tiroler Adler unbe= helligt über den Köpfen der vorüberziehenden Menge, um diese herauszufor= dern, was jedoch nicht gelang. Da begannen sie aus Revolvern zu schiessen und schleuderten unter die wehrlosen Festteilnehmer Bomben. Unter der Menschen= menge entstand eine furchtbare Panik. Während des Veberfalls wurden - wie das zitierte faschistische Werk anführt - 66 Personen zum Teil schwer verletzt. Franz Innerhofer, ein Lehrer aus Marling, wollte zwei Knaben aus der Gefahr entziehen und geleitete sie in eine Seitengasse. Die Faschisten stürzten ihm nach und schossen ihm eine Kugel durch den Rücken, worauf er verschied."

Besser als in diesem Südtirol hausen die italienischen Faschistem auch nicht gegen nichtfaschistische Italiener, und wenn wir die Faten der SA= Banditen in Deutschland besehen, so wissen wir, dass Adolf seine Mannen nicht umsonst nach Mussolinien in die Lehre schickt. Der Unterricht ist dort für die SA frei, Fememörder und Bombenwerfer erhalten sogar Unterschlupf. Alles was Hitler und die SA als Lehrgeld bezahlen, das ist, dass sie in Bozen am Unterjochungsdenkmal und am Grabe des ausgerotteten deutschen Volkstums Krän= Zeiniederlegem und Ehrengarden für Mussolini stellen. Das ist das einzige, was die hitlertreue "Deutsche Zeitung" ihren Lesern unterschlägt.

SPD. Halle, 7.Jan. (Eig.Drahtb.)
In der Arbeiterstadt Hohenmölsen fand jetzt die Einführung des durch schändlichen kommunistischen Verrat gewählten Nazibürgermeisters statt. Sie erfolgte unter eigenartigen Umständen.

Die fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten blieben der Sitzung von vornherein fern. Die drei Bürgerlichen verliessen nach Abgabe einer Erklärung des Inhalts, dass die Nationalsozialisten sie hintergangen hätten mit der Versicherung, dass ihr fandidat überparteilich sei, während er damals bereits eingeschriebenes Mitglied der NSDAP war, ebenfalls den Saal. Die Grösse ihrer Blamage erkennend, zogen nun auch die fünf Moskowiter nebst Anhang davon, soe dass bei der feierlichen Amtshandlung der Einführung von 16 Stadtvätern nur die drei Hakenkreuzler zugegen waren. In seiner Ansprache bedankte sich der Nazibürgermeister bei den Kommunisten, dass sie ihm durch ihr Verhalten zu seinem Amte verholfen hätten.

SPD. Prag, 7. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Erwerbslosen in der Tschechoslowakei ist im Dezember wieder rk angewachsen. Sie beträgt nach einer offiziellen Zählung 750 ooo Per=

Anen, das sind fast 150 ooo mehr als Ende November. Die wirkliche Erwerbs=

losenzahl ist bedeutend höher, sie wird von privater Seite auf 1 Million geschätzt. In den nächsten Monaten dürfte die Arbeitslosenziffer weiter ansteigen.

SPD. Die Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung sind am Sonn=

uns bereits vor einigen Tagen mitgeteilt.

Eine wirkliche Sicherung gegen Missbräuche geben die Richtlinien nicht: Nur eine scharfe Kontrolle der Oeffentlichkeit kann Missbräuche unterbinden. Die Richtlinieh sollen die Durchführung eines Sofortprogramm ermöglichen. Man darf also wohl erwarten, dass nun sofort etwas für die Arbeitsbeschaffung praktisch unternommen wird. Man braucht nicht erst bis zum Frühjahr zu warten. Der Winter ist milde. Im übrigen wird sich heute niemand mehr grosse Illusionen über die arbeitsmarktpolitische Auswirkung des Programms der Regierung machen. Das 500 Millionen=Programm mit allen seinen offenkundigen Fehlern, die von den Gewerkschaften bereits hervorgehoben wurden, wird keine Wunder wirken. Umsomehr ist es Pflicht der Regierung, dass sie nun rasch we= nigstens eine gewisse Milderung des Drucks der Arbeitslosigkeit herbeiführt.

sen, in nächster Zeit in Genf ein grosses internationales Welttreffen der ehemaligen Kriegsteilnehmer zu veranstalten. Von dieser Kundgebung, die von allen am Weltkrieg beteiligt gewesenen Ländern durch ehemalige Kriegsteil= nehmer beschickt sein wird, soll eine nachdrückliche Aufforderung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz sowie an alle Mitglieder der Konferenz und alle Staaten zur Abrüstung gerichtet werden.

Gegeh das neue Blutvergiessen im Fernen Osten durch den Japan=China=
-*Konflikt hat die Kriegsopferinternationale im Namen der Menschlichkeit Pro=
test erhoben. Sie fordert den Volkerbund auf, alle seine Mittel einzusetzen.

um den Feindseligkeiten ein Ende zu bereiten.

Ĺ.

Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören Montag=Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

-J. Aŭs Wett

Der falsche Professor.

Der Geniestreich des Berliner Millionenbetrügers Norman-Lewin - Wechselfäl= schungen und wissenschaftliche Vorlesungen...

SPD. In Cambridge (Massachusetts, USA) wurde nach eingehender Beobach=
tung der Professor der Volkswirtschaft an der Harvard=Universität, Dr. Frede=
ric Norman, verhaftet: er ist niemand anderes als der nach Unterschlagung
von etwa 5 Millionen Mark seit drei Jahren aus Berlin geflüchtete Bankier
Dr. I. Lewin, der ehemalige Inhaber des bekannten Bankhauses G. Löwenberg & Co.
Norman-Lewins Verhaftung hat unter den Studenten der Harvard=Universität
nicht wenig Aufsehen erregt. "Norman" galt ihnen als wissenschaftliche Ka=
pazität ersten Ranges. Besonders schätzte man seine wirtschaftswissenschaft=
lichen Forschungen über Südamerika.

Der Zusammenbruch im Januar 1929.

Lewin, der 1887 in Kiew geboren ist, war bis zum Kriege Bankdirektor in Petersburg. Nach Ausbruch der russischen Revolution kam er nach Berlin. Er kaufte hier das alt angesehene Bankhaus Löwenberg auf. Die Inflation verschaffte ihm ein Millionenvermögen. In der folgenden Periode der Stabilisierung konnte ersich nicht halten. Er wurde zum Wechselschwindler. Gemeinsam mit seinem Prokuristen Rapperport brachte er gefä schte Wechsel, die auf ausländische Währung lauteten und den Stempel eines Dessauer Industrieunternehmens trugen, in Verkehr. Die Schuldigen verstanden es jedoch, die Fälschungen zunächst zu vertuschen und den Verdacht auf andere Personen, insbesondere auf den Prokuristen eines Berliner Privatbankhauses, zu lenken. Der Prokurist wurde damals von seiner Firma sofort zur Disposition gestellt. Er erstattete Anzeige wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges gegen sich selbst. Als nunmehr die Staatsanwaltschaft eingriff, stellte sich sehr rasch heraus, dass Lewin und Rapperport die Fälschungen begangen hatten.

Weber Schneidemühl nach Rio!

Die Gauner hatten rechtzeitig erfahren, dass sich die Schlinge der Auf= klärung immer enger um ihre Köpfe zog. Lewin flüchtete als erster; er entkam per Flugzeug nach Paris. Rapperport fuhr zusammen mit seinem zweiten Pro= kuristen Montag im Auto nach Schneidemühl - angeblich sollten hier grosse Geschäftsabschlüsse getätigt werden. Nachdem sich Montag und der Chauffeur ahnungslos zur Nachtruhe begeben hatten, machte sich Rapperport schleunigst davon; einen Tag später traf er sich mit Lewin in Paris. Von hier aus ersuch= ten die Schwindler die Berliner Staatsanwaltschaft um freies Geleit, gingen jedoch auf das richterliche Verlangen, eine Kaution von je 100 ooo Mark zu stellen und die Pässe abzugeben, nicht ein. Stattdessen holten sie noch ih= re Frauen aus Berlin und fuhren mit ihnen nunmehr nach Rio de Janeiro. Als das Schiff im Hafen einlief, wurden die Betrüger von den Kriminalbeamten er= kannt und festgenommen. Man hat sie jedoch nicht antraggemäss nach Deussch-Lland ausgeliefert - angeblich traf das von den brasilianischen Behörden verlan te Belastungsmaterial nicht rechtzeitig ein - , sondern über die Grenze nach Argentinien abgeschoben. In Buenos Aires wurden die Gauner damals erkannt hund festgenommen, später aber wieder freigelassen.

Der Umfang des Skandals. Während die Kriminalbehörden aller Länder nach den Gaunern fahndeten.

versuchte and in Berlin den Umfang der Verfehlungen festzustellen. Bei der Prüfung der Bicher des Bankhauses Löwenberg stellte es sich heraus, dass Lewin und Repperport falsche Wechsel in Höhe von annähernd 5 Millionen Reichsmark in den Verkehr gebracht hatten. Ein Drittel der gefälschten Paspiere lief im Inland, der Rest war nach Frankreich und Holland gegangen. Die Stattsanwaltschaft vermutete, dass auch der zweite Prokurist der Firma Lösten u.Co. Montag, schuldig sei: sie verhaftete Montag, liess ihn dann gegen eine Kautson von 10 000 Mark wieder frei und musste ihm nach einer längeren Untersuchung seine Unschuld bestätigen; Montag hat von den Betrügesreien seines Chefs nichts gewusst.

Die Einkreisung. Von Rapperport ist jede Spur verloren gegangen. Nach Lewin wurden die Nachforschungen wieder aufgenommen, als die Untersuchungsbehörden im Herbst vergangenen Jahres erfuhren, dass er versucht hatte, mit deutschen Freunden in Briefverkehr zu treten. Es stellte sich hereus, dass sich Lewin in der Nähe von Boston angesiedelt hatte. Das Reichsjustizministerium liess nunmehr auf dem Wage über das Auswärtige Amt und den deutschen Konsul den von der Berliner Staatsanwaltschaft I erlassenen Haftbefehl an die amerikanische Bundespolizei nebst eingehenden Berichten über die Vorgänge aus dem Jahre 1929 übermitteln. Der deutsche Konsul von Tippelskirch in Boston leitete die Untersuchung. Mit Hilfe eines aus Berlin mitgeschickten Bildes gelang es ihm, den falschen Professor der Harvard Universität zu entlarven und zu identifizieren. Immer dichter schloss sich die Beweiskette um den "Gelehrten". Als er durch den zuständigen Justizkommisser aus dem Universitätsgebäude herausgeholt und ins Staatsgefängnis von East Cambridge eingeliefert worden war, bekannte er, dass er von der Beobechtung nicht das geringste bemerkt habe.

Der Philosoph.

An der Harvard-Universität hat sich Lewin - er nannte sich dort Frederico Normano - den Professorenposten erschlichen: er erklärte, dass er als Doktor der Philosophie in Freiburg promoviert habe, und - man glaubte es ihm. Nun wird vorläufig seine wissenschaftliche Karriere beendet sein. Der Berliner Untersuchungsrichter hat bereits beim Justizministerium das Auselieferungsbegehren beantragt. Das Begehren wird durch das Auswärtige Amt nach Amerika weitergeleitet werden. Es ist jedoch noch nicht ohne weiteres sicher, ob dem Ersuchen stattgegeben wird. Es heisst, dass Lewin amerikanie scher Staatsbürger sei. Man wird sich jetzt drüben seine Staatsbürgerschaftse papiere genau ansehen....

Die Funkturmspringerin. Die Berliner Postbeamtin Charlotte L., die sich im November vorigen Jahres in selbstmörderischer Absicht von der Plattform des Berliner Funkturms aus in die Tiefe gestürzt hatte und lebensgefährlich verletzt wurde, konnte durch ärztliche Kunst gerettet werden. Die Knochensche sind samtlich geheilt. Die Beamtin wird auf ihren Arbeitsplatz zus zuchkehren.

Sprengstoffurteil. Das Reichsgericht verurteilte den Reisenden Wagner und den Kraftfahrer Schellinsky aus Hagen i.W. zu je 2 1/2 Jahren, zwei Jungkommunisten namens Mücher und Spor zu je 2 Jahren Zuchthaus. Die Angesklägten haben im Mai 1932 aus dem Lager der Lolomit-Werk G.m.b.H. in Hagen Haspe über 100 Sprengkapseln und 10 Kilogramm Sprengstoff gestohlen.

Die Appenseitsreise... In Admont (Ennstaler Alpen) wird seit mehreren Tagen ein Berliner Musiklehrer mit seiner Frau vermisst; es ist zu bestürchten, dass des Paer, das sich auf der Hochzeitsreise befand, bei einem Ausflug in der Dunkelheit vom Wege abgeirrt und abgestürzt ist.

Dichter Alsberg. Der bekannte Berliner Strafverteidiger Professor Max Als Justizdrama "Konflikt" vollendet, das mit Luvie Höflich und Eugen Köpfer in den Hauptrollen demnächst im Deutschen Theater in Berelin zur Uraufführung gelangen wird.

Das achte Weltwunder... Rockefellers Radio City, die amerikanische Optimisten als das "achte Weltwunder" bestaunen, hat seine erste grosse Pleiste erlebt: 16:5 6 000 Plätze der vor 14 Tagen mit viel Pomp und Feterlichskeit eingeweinten Music Hall sind zu zwei Drittel leer geblieben. Das revues artige Program, dessen Vorbereitung allein etwa 100 000 Dollar kostete, soll jetzt versuchsweise durch Kinovorstellungen abgelöst werden.

Die verschwundenen Brillanten. Ein Aachener Brillantenhändler liess sich aus Antwerpen postagernd Brillanten im Wert von 76 000 Mark schicken. Als er die Sendung am Hauptpostschalter abheben wollte, musste er die Ueberraschung erleben, dass ein junger Mann, der sich mit einem gefälsche ten Pass auf den Namen des wirklichen Empfängers ausgewiesen hat, die Jumwelen bereits abgeholt hatte.

Mord. In Bochum wurde die Ehefrau eines Tankstellenbesitzers von Hausbewohnern in ihrem Bette mit lebensgefährlichen Stich- und Schnittwunden am Halse aufgefunden. Sie starb im Krankenhaus, noch ehe sie vernammen werden konnte. Der der Tat dringend verdächtige Ehemann ist flüchtig.

Rätsel des Todes. In Hattingen i.W. wurde ein älteres Ehepaar von Hause bewohnern im Schlafzimmer mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Die Frau war tot, der Mann schwebt in Lebensgefahr. Ob ein Unglücksfall oder Selbste mord vorliegt, ist noch nicht geklärt.

In einem Gehölz fanden in der Nähe von Dortmund Strassenbahner die Leiche eines 60 bis 65jährigen Mannes, dessen Identität noch nicht feststeht. Wach Ansicht der Mordkommission ist der Leichnam an den Fundort gebracht worden. Merkmale eines gewaltsamen Todes wurden bisher jedoch nach nicht Lestgestellt.

Einbruch im Mordzimmer. Ein unbekannter Täter verübte einen Einbruch im Schloss Waltershausen bei Schweinfurt, das im Zusammenhang mit der noch unaufgeklärten Ermordung des Hauptmanns Werther in letzter Zeit viel genannt wurde. Der Täter drang in das Mordzimmer ein, warf alle Gegenstände durcheinander, untwendete jedoch nichts. Man rechnet mit der Möglichkeit, dass der Einbrecher versuchte, die Spuren des gesuchten Mörders auszulöschen.

Kutter gegen Wrack. In der Ostsee auf der Höhe vin Bodenhagen lief ein Kolberger Fischerkutter im Nebel auf das Wrack eines im Jahre 1907 gestrant deten schwedischen Dampfers auf. Der Boden des Kutters wurde aufgerissen; aus Schiff lief voll Wasser und sank innerhalb kurzer Zeit. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Hinkler nach Australien. Der englische Flieger Hinkler ist zu einem Flüge nach Australien gestartet. Er hofft eine Rekordleistung zu erzielen.



Leben und leben lassen!

Die deutschen Hausangestellten in Holland.

SPD. In Holland ist als Folge der in Deutschland unter dem Papen-Regime besonders virtuos geübten Kunst, das Ausland durch wirtschaftspolitische Unsmöglichkeiten vor den Kopf zu stossen, eine scharfe nationalistische Hetze gegen deutsche Arbeitskräfte in Geng gekommen. Diese Hetze richtet sich vor allem gegen die deutschen Hausangestellten, die in Holland Iohn und Brot gestunden haben, und zeitweilig sah es genz so aus, als ob die deutschen Mädschen, die heute nicht mehr wie während der Inflationszeit vom holländischen Gulden angelockt, sondern vom Hunger, der zu Hause bei Mutter ständiger Gäst ist, über die Grenze getrieben werden, die Zeche für die von den Agrariern erzwungene. Kontingentepolitik und für gewisse schikanöse Tolpatschigkeiten deutscher Behörden gegenüber arbeitslosen Holländern bezahlen würden. Der Wortführer in der Hetze gegen die deutschen Hausangestellten ist der rechtsestehende Abgeordnete Tilanus. Er behauptete in der niederländischen Kammer, dass in Holland jährlich 75 Millionen Gulden für Lohn und Beköstigung an deutschen Hausangestellte gezahlt würden.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Aus dem deutschen wirtschaftlichen Elend heraus ist es begreiflich, dass viele deutsche Mädchen weit unter Preis sich in Holland als Hausangestellte anbieten. Es gibt genug Fälle, wo deutsche Mädchen sich schon gegen freie Beköstigung und etwas abgelegte Kleidung verdingen. Dadurch sind die Löhne für das Haushaltspersonal in Holland mächetig gedrückt worden. Dazu kommt, dass die Zahl der holländischen Mädchen, die bisher vor allem in der Kunstseide-, Schokoladen- und Glühlampenindustrietätig waren und sich jetzt ebenfalls für den Haushalt anbieten, scharf gestiegen ist. Das Arbeitsangebot ist also stark. Der Durchschnittslohn des deutschen Mädchens liegt infolgedessen eher unter als über 25 Gulden. Vor der Krise wurden 30, ja auch 35 Gulden monatlich gezahlt; an die besser bezahlten

Hausangestellten wurden aber auch sehr hohe Anforderungen gestellt.

Für die monatliche Beköstigung sind im Hinblick auf den Abstieg der Kleinhandelspreise 50 Gulden schon ein reichlich hoher Satz. Bei weitem nicht alle Familien, die ein Mädchen helten, sind in der lage, 50 oder gar 60 Gul= den monatlich für seinen Lebensunterhalt zu verausgaben. Geht man nun von 50 Gulden monatlich der 600 Gulden pro Jahr für Beköstigung und von 25 Gul= den monatlich oder 300 Gulden pro Jahr für den Lohn aus, dann kommt man zu einem Durchschnittsaufwand von 900 Gulden pro Mädchen.

In Holland sollen rund 60 000 deutsche Mädchen als Hausangestellte tätig sein. Danach würde sich ein Gesamtaufwand von 54 Millionen Gulden ergeben. Diese Ziffer ist sicherlich noch zu hoch. Mit 50 Millionen Gulden wird man natürlich unter der Voraussetzung, dass zur Zeit tatsächlich noch 60 000 deutsche Mädchen in Holland als Hausangestellte tätig sind - vielleicht das Richtige treffen. 50 Millionen Gulden - das wären aber schon 25 Millionen. Gulden weniger, als Herr Tilanus errechnet hat. Nun vist aber die Ziffer von 60 000 bereits sehr umstritten. Von verschiedenen Seiten wird behauptet, dass die Zahl der deutschen Mädchen in Holland nicht über 40 000 hinausgeht. Wenn

diese nieurige Ziffer zutrifft, dann kommt man erst auf 36 Millionen Gulden, und des wäre erst die Hälfte des von Tilanus errechneten Betrages.

Aber solbst wenn man die unwahrscheinlich hohe Ziffer von 50 Millionen Gulden als Tatsache annimmt, dann bleibt noch immer die Frage, ob denn diese 50 Millionen nur als Verlust für die niederländische Volkswirtschaft gebucht was den können. Der genze Lebensunterhalt der deutschen Mädchen wird doch mit sollandische Nahrungsmitteln bestritten. Das genze für die Beköstigung veranschlagte Geld – bei 60 000 Mädchen 36 Millionen Gulden – bleibt im Lande. Auch kaufen sich die deutschen Mädchen ihre Kleidung in Holland; ferm ner kaufen sie Geschenkartikel und auch Gegenstände des täglichen Bedarfs. Das bare Geld, das nach Deutschland geht, spielt trotz der unbestreitbar grossen Sparsankeit der Mädchen eine untergeordnete Rolle. Wenn man dieses Geld auf 1 Million Gulden pro Jahr veranschlagt, dann ist das hoch gerechnet. Der sich darens ergebende Verlust für die niederländische Zahlungsbilanz dürfte aber durch das Geld, das allsommerlich deutsche Badegäste in den hollän dischen Seebädern verzehren, mehr als aufgewogen werden.

Man darf wohl annehmen, dass die wilde Rechnerei der holländischen Na= tionalisten, die die Hetze gegen die deutschen Arbeitskräfte betreiben, bei den massgebenden holländischen Stellen keinen Anklang findet. Vernunft und ruhige Ueberlegung müssen im Interesse eines guter Einvernehmens zwischen Deutschland und Holland in der Frage der Beschäftigung fremder Arbeitskräfte

die Oberhand behalten. Leben und leben lassen!

SPD.Der "Hungermarsch gegen die Leiparts" ist zu Ende. Die Arbeitsstreit= sache bei der Glashütte Heilbronn ist durch Abschluss einer Tarifvereinbarung erledigt, sodass die Betriebsaufnahme in den nächsten Tagen erfolgen dürfte.

Es ist ein weiter Weg von Heilbronn bis nach Hannover - wenn man sich von der RGO führen lässt. Die Heilbronner Glasarbeiter, die sich von den kommunistischen Hurgermarschstrategen auf diesen weiten Weg locken liessen, haben das rasch eingesehen. Bereits in Mannheim hat der Hungermarsch, der sich zu einer vernichtenden Demonstration gegen die Führung des Deutschen Fabrikanbeiterverbandes gestalten sollte, ein Ende gefunden.

Tippeln ist nicht schön bei hungrigem Magen. Wohl hat die Kommunistenspresse in ihren begeisterten Schilderungen des Hungermarsches davon gesprochen, die Glasproleten seien von der Bevölkerung überall mit offenen Armen aufgem nommen worden. Aber offene Arme sind noch keine offenen Taschen, und daher auf des nur allzu begreiflich, wenn diese Glasproleten durchaus damit einverstanden waren, dass sie auf Kosten des Fabrikarbeiterverbandes, also dank der Hilfe eben derselben Verbandsbürokratie, die durch den Hungermarsch auf die Knie gezwungen werden sollte, verpföegt wurden und nach Heilbronn zurückschen konnten. Der Fabrikarbeiterverband kann sehr gut unterscheiden zwischen Verführten und Verführern; die Drahtzieher des Hungermarsches werden bewahrtig im Verband nichts mehr zu ziehen haben.

Der Einmarsch der 50 Hungermärschler, die grosse Transparente und Plazkate vor sich hertrugen, so meldete beglückt die Kommunistenpresse, habe in Mannheim grosses Aufsehen erregt. Die Glasproleten hätten erklärt, dass sie in allen Städten und Dörfern Versammlungen arrangieren würden, um den schändz

lichen Dolchstoss der Verbandsbürokratie anzuprangern.

**Hungermarsch gegen die Leiparts*- es wär zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein.

Triebsstillogungen grossen Ausmasses. Nicht nur das Eisenbahnausbesserungswerk, sondern auch die den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken gehörigen Gleiwitzer Hütte soll stillgelegt werden. Die Oberhütten arbeiten
anscheinend planmässig auf völlige Stilegung der erst kürzlich aus staatlichem Besitz erworbenen Gleiwitzer Hütte hin. Der Belegschaft, bei der
Monacslöhne auch 45.-- Brutto Durchschnittssatz sind, hat sich angesichts
des ihr bevorstehenden Schicksals starke Erregung bemächtigt. Die Werksverwaltung greift zu Schikanen, um inr unangenehme Leute schon vorzeitig
loszuwerden. So wurde dieser Tage ohne sachlichen Grund ein fähiger Betriebsführer gekpndigt, dessen republikanisch-sozialistische Gesinnung der
Werksleitung schon lange ein Dorn im Auge war.

SPD. Für die deutsche Hochseefischerei sind die Tarifverträge mit kleisneren Abanderungen im Manteltarif bis zum 31. Dezember 1933 verlängert worsden. Die Heuer-Abbauvorschläge und sonstigen Verschlechterungsanträge der Reeder sind abgewehrt. Die Verhandlubsen wurden auf Arbeitnehmerseite gesführt vom Gesamtverband, Reichsfachgruppe Seeschiffahrt und Fischerei, und vom Verband der Kapitäne und Steuerleute der Hochseefischerei

SPD. Das Leunawerk hat in den letzten Tagen 400 Arbeiter eingestellt.
Die Einstellungen wurden möglich infolge der saisonbedingten Belebung des
Düngemittelabsatzes. Sie werden nur einige wenige Monate anhalten.
Es liegt also kein Grund vor, in dieser Einstellung etwa einen Erfolg der neuen Wirtschaftsführung zu erblicken.

SPD.Am Sonnabend wurden in Köln auf dem grossen Neubau des Allianz - Versicherungs-Konzern alle Beschäftigten von den Maurern bis zu den Aufzugsemonteuren - rund 100 Mann - ausgesperrt.

Der Schiedsspruch für das Kölner Installationsgewerbe, der den Stunsdenlohn von 1,10 Mark auf eine Mark abbaute und von den Arbeitern abgelehnt worden ist, hatte bei einigen Firmen zu Streik und dann zur Aussperrung in anderen Firmen geführt. Der Streik dauert schon vier Wochen. Jetzt scheinen

die Unternehmer zu einem Generalangriff aushohlen zu wollen.

SPP, In Solingen stehen 500 Messerschleifer in Streik. Die Arbeitgeber wollten am 2. Januar einen Abzug von 25% durchführen, dem die Gewerkschaften ablehnten.



Margarinekrieg.

Denkschrift der Margarinefabriken.

SPD. Die Mergarineindustrie nimmt in einer ausführlichen Darlegung
Stellung zu dem Margarineplänen des Kabinetts Schleicher, in der sie betont,
dass eine Verteuerung der Margarine eine notwendige Polge des Butterbeimi=
schüngszwangs sei: Will man den Beimischungszwang von Butter, so muss man
auch offen zugeben, dass man eine Verteuerung der Margarine will. Die zur Not=
vererdnung vom Reichsernührungsministerium gegebene Erklärung, die Margarine
werde sich nicht vetteuern, muss daher auf falschen Erwägungen beruhen.

In diesem Zusammenhang wird noch einmal darauf hingewiesen, dass die Marsgarineindustrie, entgegen den Veröffentlichungen der Reichsregierung, nicht mit der Reichsregierung "zur Durchführung der Verordnung über die Butterbeismischung" verhandelt habe. Die Kommuniques der Reichsregierung, die diesen Eindruck allerdings in der Oeffentlichkeit erweckten, entsprachen also nicht den Tatsachen, wie ja überhaupt im Rahmen der gegenwärtigen agfarischen Versteuerungskampagne vieles amtlich in die Oeffentlichkeit lanciert wurde, was nachher nicht stimmte. Wir erinnern nur an den Fall in der Kontingentierungssfrage, wo die Pressestelle der Reichsregierung binnen 24 Stunden die Meldungen der Pressestelle des Reichsernährungsministeriums zu dementieren gezwungen war.

In den Darlegungen der Margarineindustrie beansprucht die technische Mög= <u>lichkeit</u>, Butter mit Margarine zu vermischen, besondere Beachtung. Nach der <u>Denkschrift der Margarineindustrie gibt es dafür die eine Möglichkeit der </u> direkten Verknetung fertiger Margarine mit Butter. Eine solche Beimischung von Butter ergibt jedoch eine verderbliche Mischform und bewirkt damit eine wesentliche Verschlechterung der Konsistenz der Margarine bezw. schlechte Haltbarkeit des Produkts. Die zweite Möglichkeit besteht darin, Butter zu schmelzen und den so gewonnenen Butterschr 'z als Bestandteil der Fettmi= schung im Fabrikationsprozess der Margarine zu verwenden. Wenn man Butter aber so schmilzt, erfahren Geruch und Geschmack eine wesentliche Veränderung. Der spezifische Geruch und Geschmack geschmolzener Butter schlagen ausserdem in der Margarine ungeheuer leicht in das Tranige - Fischige, um, sodass man die Margarine nicht einwandfrei schmeckend in den Konsum bringen kann. Das trifft schon für Butter feinster Qualität zu. Verwendet man nicht erstklassi= 30 and altere Butter z.B. Kühlhausbutter, was man gerade in Deutschland plant. dann müssen die Folgen noch schlimmer sein. Weiter besteht die Möglichkeit, das Butterfett einem ähnlichen Raffinationsprozess zu unterwerfen wie die pflanzlichen Fette und Oele. Mit einer solchen Methode verstösst man jedoch gegen die fundamentalsten Grundsätze der Lebensmittelgesetzgebung. Ausserdem ergeben sich chemische Unterschiede, die selbst durch Kons rvierungsmittel nicht auszugleichen sind. Die Folge ist eine geringere Hautbarkeit der Mi= schung von Butter mit Margarine, gleichviel auf welchem Wege sie hergestellt werden. Alle diese Tatsachen, so schliesst die Darstellung dieses Kapitel ab. gefährden die Ernährung schon in dem Falle, dass die idealsten geographischen Voraussetzungen für Butter= und Margarineproduktion gegeben sind. In Deutsch=

Deutschland aber liegen diese geographischen Voraussetzungen äusserst ungünstig, nach der Darstellung der Margarineindustrie so ungünstig, dass "eine solche schwere Gefährdung eines bisher hygienisch einwandfreien Massennahrungs mittels nicht zu verantworten ist."

Am Schluss der Darstellung werden die Behauptungen der Regierung Schleischer unter die Lupe genommen, das Ausland habe bereits Erfahrungen mit dem Beimischungszwang und diese Erfahrungen könnten in Deutschland angewandt wersden. Vorausgesetzt, dass diese Erfahrungen gut sind, dann wären sie dem holländischsenglischen Margarinetrust in Deutschland, dessen Abteilungen im Ausland ja die Erfahrungen mit der Butterbeimischung gemacht haben, zugänglich. Es gibt aber in Deutschland noch einige Dutzend Margarinefabriken (mit rund 3 odo Arbeitern), die naturgemäss über diese Erfahrungen nicht verfügen. Sie wurden gegenüber dem holländischsenglischen Margarinetrust zurückgedrängt, einzig und allein deswegen, weil sie rein deutsche Unternehmungen sind. Wir müssen schon gestehen, dass wir diesem Gedankengang des nationalen Kabinetts Schleicher nicht folgen können. Geht es nach den Hinweisungen der Regierung, dann geraten die rein deutschen Unternehmungen gegenüber dem ausländischen Trust glattweg unter den Schlitten.

Aber mit den Erfahrungen des Auslandes ist es eine ganz eigentümliche Sache. In Frage kommen Norwegen und Holland. Obwohl in Norwegen die Verhält= nisse für eine Konservierung günstiger liegen als in Deutschland, da Butter und Margarine, der Geschmackrichtung der Bevölkerung entsprechend, doppelt so stark gesalzen werden als bei uns, haben die norwegischen Versuche alle Man= gel der Beimischung ergeben, auf die wir oben hingeviesen haben. Die norwe= gischen Erfahrungen sprechen, ebenso wie die holländischen, gegen die Marga= rineprojekte. In Holland, wo seit dem Sommer 1932 eine 25prozentige Beimi= schung von Butter zur Margarine besteht, hat man offen erklärt, dass dadurch eine starke Verteuerung der Margarine bezweckt wird, während man in Deutsch = land unehrlicher ist und dem Volk vorschwindeln will, es trete keine Ver= teuerung der Margarine infolge der Butterbeimischung ein. Im übrigen hat sich in Holland eine geringe Haltbarkeit der Margarine=Butterbeimischungen er= wiesen, ebenso die Unmöglichkeit, eine regelmässige Versorgung der Margarine= fabriken mit den entsprechenden Butterqualitäten zu gewährleisten. Es ist vor allem ein starker Rückgang im Fettverbrauch eingetreten, sodass berufene Stellen auf die Gefahren dieses Rückganges für die Volksgesundheit in aller Oeffentlichkeit aufmerksam machen mussten.

SPD. Die <u>Berliner Wertpapierbörse</u> hat Ende der verflossenen Woche eine Hausse erlebt, deren letzte Ursachen nicht ganz klar erkennbar sind.

Diese ersteHausse im neuen Jahr kann man zur Not mit Anlageläufen besgründen, die in den letzten Tagen an der Berliner Börse zu beachten waren. Insebesondere soll das Ausland ins Geschäft gegangen sein. Man bemerkt dazu, dass die Aeusserungen amerikanischer Parlamentarier über die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Dollarinflation unter dem neuen Präsidenten Roosevelt zahlereiche Kapitalisten veranlasst hat, Geld von der nordamerikanischen Börse abszuziehen. Demnach würde der Berliner Platz gegenwärtig an der Furcht vor eis

Im grossen und ganzen hatte der Markt der festverzinslichen Papiere mehr von der Bewegung als der Markt für Industrieaktien. Begünstigt waren vor al= lem Neubesitz= und Altbesitzanleihen. Neubesitz schloss am Sonnabend mit 8,80 gegenüber 8,20 am Vortag und Altbesitz mit 67,5 gegenüber 66. Pfand=briefe gewannen 1% bis 1,5%, Kommunalobligationen zogen um ½ bis 1% an. Am Aktienmarkt fielen die Besserungen des I.G.Farbenkurs auf, der von 102 auf 105 kletterte. Sonst bot der Aktienmarkt keine besonders erwähnenswerte Bewegung.

einer Dollarinflation profitieren.

Aber daneben gibt es noch andere, weit interessantere Motive, die schon deshalb registriert werden müssen, weil für sie Kreise in Betracht kommen. die gegenwärtig immerhin politischen Einfluss in Deutschland haben. Die Ueber= legungen gehen hier dahin, dass mit der Unterredung Papen=Hitler die soge= mannte nationale Konzentration gesichert sei. Man kombiniert derart hemmungs= Los dass man nach der auch formal erreichten nationalen Konzentration den Ruchesitt Hingsburgs, der ja dann sein nationales Lebenswerk vollendet habe, als micher himstellt und mit einer Regierung Papen - Strasser rechnet. Wobei man allerdings nicht recht weiss, was mit Hitler werden soll. In den Kreisen aber, in denen man gegenwärtig und in Verbindung mit der Börsenhausse so spekuliert, wird aber, was von Bedeutung ist, auch die Auffassung vertreten. dass Papen als Reichskanzler zuguterletzt an seiner verantwortlichen Finanz= politik gescheitert und dass gerade der gegenwärtige Reichsfinanzminister dazu der Stein des Anatosses gewesen sei. Diese Tatsache in Verbindung mit den po= litischen Spekalationen bezw. Phantasien eröffnet bemerkenswerte Einblicke hinter die Kulissen der gegenwärtigen Börsenhausse. Man sagt nicht zu viel. wenn man bemerkt, dass jene Kreise, die seit der Katastrophe im Jahre 1931 immer noch die Hoffnung nähren, sich schliesslich doch durch eine neue Mark= inflation gesund stossen zu können. Morgenluft zu wittern scheinen.

SPD. Der Grosshandelsindex ist in der ersten Januarwoche gegenüber der letzten Dezemberwoche um 0,3 % auf 91,3, Preise von 1913 = 100 gesetzt, zurück= gegangen. Für den Durchschnitt des Monats Dezember ergibt sich die Indexzif= fer von 92,4, also 1,6 % weniger als im Monat November.

SPD. Die <u>Volksfürsorge</u>, gewerkschaftlich=genossenschaftliche Versiche= rungs=A.G., konnte im Dezember 1932 rund 18 255 neue Versicherungen abschlies= sen. Der Auftragseingang und die Zahl der Wiederinkraftsetzung erloschener Ver= sicherungen konnten sich im genannten Monat gegenüber dem Monat August um rund 80 % steigern. Die Volksfürsorge rechnet für die nächsten Monate mit noch besseren Ergebnissen.

halten kann.

SPD, Der Agrartheoretiker Hans Wilbrandt beschäftigt sich im "Deutschen Volkswirt" mit der Frage, wie writ die <u>landwirtschaftliche Preisstützung überhaupt getrieben werden kann.</u> Während man in der Landwirtschaft der Auffasung ist, man könne die Preise für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte wie Butter, Käse usw. <u>den künstlich hochgehaltenen Getreidepreisen anpassen.</u>

The Wilbrandt zu dem Schluss, dass nichts das Absinken der Getreidepreise sur den Stand der Preise für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte auf

Diese Auffassung belegt er durch den Hinweis, dass kein Mittel erneuter Einfuhrdrosselung, seien es Zölle, Kontingente oder andere, heute in der Lage sei, durch weitere Verdrängung der Einfuhr in Deutschland erzeugbarer Nahsrungsmittel das Preisniveau landwirtschaftlicher Erzeugnisse wesentlich zu stelgern. Der Verbrauchrückgang erreicht oder überschreite die strukturelele Produktionssteigerung seit 1928. Ein gut Teil der gegenwärtigen "Nahrungssfreiheit" sei von den Arbeitslosen erhungert. Wir seien heute soweit, dass jeder Verbrauchsrückgang, wie er bereits auf fast allen Märkten unter dem

Druck der Krise eingetreten ist, nicht nur die Ernährung verschlechtert, sondern sehr schnell auf den Erzeuger - Preisrückgang - zurückschlägt.Der Landwirt könne sich heute einen weiteren Verbrauchsrückgang an Edelprodukten nicht leisten. Es si angesichts der Unmöglichkeit, die Agrarpreise durch neue Einführhemmnisse oder wesentliche Begrenzung des inländischen Angebots während der Krise entscheidend zu heben, wahrscheinlicher, dass sich nicht die Verede= lungspreise den Getreidepreisen anpassen, wie es vielfach noch immer erhofft wird, sondern dass die Entwicklung umgekehrt geht, dass also die Zeit der mit Erfolg weit über das allgemeine reisniveau wallorisierten Getreidepreise zu Ende geht.

Die Reichsregierung ist ja bekanntlich anderer Auffasung und will überhaupt jeden Preis für landwirtschaftliche Artikel stützen und treiben. Sie
hat es auch neulich durch den Mund des Ministerialdirektors Moritz im Rundfunk kundgetan. Wie falsch die Regierung kulkuliert und wie recht Wilbrandt
hat, geht wohl aus der Tatsache hervor, dass seit der erwähnten Rede des Ministerialdirektors Moritz die Getreidepreise um rund 5% und die Preise wichtiger Veredelungserzeugnisse (Butter, Schweine usw.) um 10% abgesackt sind.

SPD. Die Serie auffallend hoher Zuckerdividenden setzt die Zuckerfabrik Fröbeln fort. Sie verteilt wie im Vorjahre eine Dividende von 6 %. Der Betriebsgewinn hat sich von 877 ooo auf 892 ooo gesteigert, der Reingewinn von 247 auf 249 ooo. Die Abschreibungen wurden von 237 ooo auf 253 ooo heraufgesetzt. Ausserdem gibt es stille Reserven. Rund 312 ooo Mark eigene Aktien stehen z.B. mit einem Kurs von 62 % zu Buche, während der Tageskurs bei 80 % liegt.

Konjunktur lebten. Nun aber die Kehrseite. Der deutsche Verbrauch ist nach dem Geschäftsbericht von Fröbeln um 12,6 % abgesunken. Der Zucker ist für die Wirtschaftlichen Artikeln, die die Regierung mit Preisstützungen bedenkt, ist die Zuckerpreisstützung als einzige voll und ganz gelungen. Die Erzeugerpreise von Zucker liegen um 50 % über dem Vorkriegsstand. Dahin hat die Zuckerzwangswirtschaft, das Zuckerkartell, der wirtschaftliche Unsinn der Zuckerzkontingentierung geführt. Ein Beispiel für diesen Unsinn. Fröbeln kauft sich 50 ooc Zentner Inlandskontingentscheine und erhöht damit seine Bankschulden. Der Profit ist aber so gross, dass die Bankguthaben schneller steigen als die Bankschulden. Das ist so Ernährungswirtschaft in Deutschland. Bilanzen und Gewinn= und Verlusrechnungen, wie sie gegenwärtig von der Zuckerindustrie vorgelegt werden, müssen aufreizend wirken.

Auch Fröbeln greift zu ähnlichen Entschuldigungen und Ausreden, wie sie bereits von andern Fabriken vorgebracht worden sind. Wenn der Zuckerverbrauch um fast 13 % abgesunken ist, führt man das nicht auf den gesetzlich sanktio= nierten Preiswucher für Zucker zurück, sondern auf die Zuckersteuer. Man geht also hier nach einem vereinbarten Schema vor, das hoffentlich nicht die Erkenntnis trüben wird, dass mit der Zuckersteuer vor allem der gesetzlich

festgelegte Zuckerpreis ganz gewaltig herunter muss.

Interessant ist auch das Eingeständnis im Geschäftsbericht von Fröbeln, dass der Verlust in der Landwirtschaft wesentlich geringer war als im Vorjahr. Die Agrarier behaupten immer das Gegenteil.

Druck der Krise eingetreten ist, nicht nur die Ernährung verschlechtert, sondern sehr schnell auf den Erzeuger - Preisrückgang - zurückschlägt.Der Landwirt könne sich heute einen weiteren Verbrauchsrückgang an Edelprodukten nicht leisten. Es sei angesichts der Unmöglichkeit, die Agrarpreise durch neue Einfahrhemmnisse oder wesentliche Begrenzung des inländischen Angebots während der Krise entscheidend zu heben, wahrscheinlicher, dass sich nicht die Verede= lungspreise den Getreidepreisen anpassen, wie es vielfach noch immer erhofft wird, sondern dass die Entwicklung umgekehrt geht, dass also die Zeit der mit Erfolg weit über das allgemeine reisniveau wallorisierten Getreidepreise zu Ende geht.

Die Reichsregierung ist ja bekanntlich anderer Auffasung und will überhaupt jeden Preis für landwirtschaftliche Artikel stützen und treiben. Sie
hat es auch neulich durch den Mund des Ministerialdirektors Moritz im Rundfunk kundgetan. Wie falsch die Regierung kulkuliert und wie recht Wilbrandt
hat, geht wohl aus der Tatsache hervor, dass seit der erwähnten Rede des Ministerialdirektors Moritz die Getreidepreise um rund 5% und die Preise wichtiger Veredelungserzeugnisse (Butter, Schweine usw.) um 10% abgesackt sind.

Fröbeln fort. Sie verteilt wie im Vorjahre eine Dividende von 6 %. Der Betriebsgewinn hat sich von 877 ooo auf 892 ooo gesteigert, der Reingewinn von 247 auf 249 ooo. Die Abschreibungen wurden von 237 ooo auf 253 ooo heraufgesetzt. Ausserdem gibt es stille Reserven. Rund 312 ooo Mark eigene Aktien stehen z.B. mit einem Kurs von 62 % zu Buche, während der Tageskurs bei 80 % liegt.

Alle Gewinnkonten sind gestiegen, gerade als ob wir in der Zeit bester Konjunktur lebten. Mun aber die Kehrseite. Der deutsche Verbrauch ist nach dem Geschäftsbericht von Fröbeln um 12,6 % abgesunken. Der Zucker ist für die Wintschaftsbericht von Fröbeln um 12,6 % abgesunken. Der Zucker ist für die Wirtschaftlichen Artikeln, die die Regierung mit Preisstützungen bedenkt, ist die Zuckerpreisstützung als einzige voll und ganz gelungen. Die Erzeugerpreise von Zucker liegen um 50 % über dem Vorkriegsstand. Dahin hat die Zuckerzwangswirtschaft, das Zuckerkartell, der wirtschaftliche Unsinn der Zuckerkontingentierung geführt. Ein Beispiel für diesen Unsinn. Fröbeln kauft sich 50 ooc Zentner Inlandskontingentscheine und erhöht damit seine Bankschulden. Der Profit ist aber so gross, dass die Bankguthaben schneller steigen als die Bankschulden. Das ist so Ernährungswirtschaft in Deutschland. Bilanzen und Gewinn= und Verlusrechnungen, wie sie gegenwärtig von der Zuckerindustrie vorgelegt werden, müssen aufreizend wirken.

Auch Fröbeln greift zu ähnlichen Entschuldigungen und Ausreden, wie sie bereits von andern Fabriken vorgebracht worden sind. Wenn der Zuckerverbrauch um fast 13 % abgesunken ist, führt man das nicht auf den gesetzlich sanktionierten Preiswucher für Zucker zurück, sondern auf die Zuckersteuer. Man geht also hier nach einem vereinbarten Schema vor, das hoffentlich nicht die Erkenntnis trüben wird, dass mit der Zuckersteuer vor allem der gesetzlich festgelegte Zuckerpreis ganz gewaltig herunter muss.

Interessant ist auch das Eingeständnis im Geschäftsbericht von Fröbeln, dass der Verlust in der Landwirtschaft wesentlich geringer war als im Vorjahr. Die Agrarier behaupten immer das Gegenteil.

Wieder Exporthoffnungen.

(Perliner Getreidebörse vom 7. Jan.)

SPD. Die Notierungen am Lieferungsmarkt gewannen am Sonnabend rund hark. Auch am Promptmarkt war die Stimmung freundlicher. Die Weizennotiz kommte den Freitagsverlust von 1 Mark wieder einholen. Die Umsätze waren jedoch, besonders am Lieferungsmarkt, äusserst gering; allerdings kaufte neben den Stützungsstellen auch der Handel. Die freundlichere Stimmung beruhte wahrscheinlich wieder auf Exporthoffnungen, die leider die Unliebsamkeit haben, sich am andern Tage als unbegründet zu erweisen. Der Mehlmarkt war nach wie vor leblos.

	6. Jan.	7. Jan.	.
		Station in Mark)	5.
Wei zen	185 - 187	186 - 188	;
Roggen	152 - 154	152 - 154	ì
Braugerste	165 🛊 175	165 - 175	
rutter- und Industriegerste	158 - 164	158 - 164	5-
Hafer	114 - 117	114 - 117	
Weize nme hl	23,00 - 26.10	23,00 - 26.10	
Roggenme hl	19.40 - 21.70	19.40 - 21.70	
Weizenkleie	8.80 - 9.20	8.80 - 9.20	
Roggenkleie	8.70 - 9.00	8.70 - 9.00	., .
Handelsrechtliche Lieferungse sch	<u>näfte:</u> Weizen Mä	$rz 205-205\frac{1}{2}(204\frac{1}{8}),$	Mai
207-207 (2061). Roggen März 165-1651	(164a), Mai 168-	168# (167#), Hafer	Mai
- bis 126% (-).	ا	-	

Reingewinn von rund 560 000 Mark (im Vorjahre 1,026 Millionen) eine Dividende von 5% gegenüber 8 % im Vorjahre. Interessant sind die Ausführungen des Unternehmens über die Absatzfrage. Die Senkung der Biersteuer habe den erhoffen Absatz nicht gebracht, was ja nicht wunder nehmen kann, weil die Kaufsaft der breiten Massen in einem viel stärkeren Tempo gesunken ist als die im Bierpreis kaum zum Ausdruck kommenden Steuererleichterungen. Auch hier ging die Absatzerschwerung durchaus zu Lasten der Arbeiterschaft. Der Altonager Betrieb wurde stillgelegt und von der Abteilung St. Pauli übernommen.

Berliner Milchpreis.

Für die Milchlieferung nach Berlin hat der Preusausschuss des Milchgrungsverbandes Berlin folgende Preise festgesetzt: 1. Trinkmilch 13,85;
or je Liter, dazu treten folgende Zuschläge: a)für tiefgekühlte Milch 0,5 Rpf,
b) für molkereimässig behandelte Milch 1,75 Rpf.2.a)Werkmilch 7 Rpf.b)tiefgekühlte Werkmilch 7,5 mpf je Liter.Diese Preise gelten bis auf weiteres für 1
Titer Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit
frei Rampe Berlin.Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf.vorgenommen. Bei Milch, die
der Handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je
Liter vorgenommen.Die Wochenziffer wird gemäss der Kontingentierungsordnung
(Ziffer VI) für die Milchlieferung ab Freitag den 6. Januar 1933, auf 71% festgesetzt.